

Verwendungen:

Ersatz für werterhöhende – einer LPG bei Rückgabe des Grundstücks an den Eigentümer 170

VOB/A:

Notwendigkeit einer -konformen Auslegung eines Leistungsverzeichnisses 245

Vorkaufsrecht:

Ausübung eines siedlungsrechtlichen -s auf teils land- und teils forstwirtschaftlichen Flächen 166

Vormerkung:

Eintragungsfähigkeit einer – zur Sicherung eines mehrfach aufschiebend bedingten Rücküberweisungsanspruchs 182

Vorsatz:

- bei der Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen 314

W**Wasserkraftwerk:**

Beweislast für angemessene Vergütung für eingespeisten Strom 1

Wettbewerbsverletzung:

Anwendung des § 1 UWG bei Urheberrechtsverletzungen nur bei Hinzutreten besonderer Umstände 267

Wissenszurechnung:

keine Zurechnung des Wissens von Behörden, die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft tätig sind, im Rahmen des § 852 BGB 343

Z**Zeitungsartikel:**

- genießen grundsätzlich urheberrechtlichen Schutz 254

Zinsanspruch:

Absonderungsrecht bei nach Konkursöffnung entstandenem -.. 195

Zugang:

- als Voraussetzung für das Wirksamwerden einer gerichtlichen Verfügung als Prozeßhandlung 387

Zuständigkeit:

Internationale – deutscher Gerichte für Konkursanfechtungsklage ... 117
§ 549 Abs. 2 ZPO ist auf die örtliche Zuständigkeit nicht anzuwenden, wenn dieselben Voraussetzungen für die internationale Zuständigkeit im Streit sind 127

Rüge der internationalen Unzuständigkeit kann auch noch in der ersten mündlichen Verhandlung erhoben werden 127

keine Anwendung des EuGVÜ bei Auslandsbezug nur zu Nichtvertragsstaaten 133

kein Vorrang einer später erhobenen Leistungsklage gegenüber einer negativen Feststellungsklage nach Art. 21 EuGVÜ 201

internationale – nach Art. 2 EuGVÜ bestimmt sich nach der formellen Parteirolle 205

internationale – Art. 5 EuGVÜ bestimmt sich nach der primären Hauptverpflichtung 205

- Anforderungen an ordnungsgemäße Verwahrung von Geldbeträgen . 107
Landesjustizverwaltung hat bei der Auslegung des Begriffs der persönlichen Eignung i.S. v. § 6 BNotO keinen Interpretationsspielraum 137
Landesjustizverwaltung hat bei der Prognose der persönlichen Eignung eines Bewerbers für das Notariat Beurteilungsspielraum 137
Eignungsrelevanz einer getrennten Beurkundung von Kaufvertrag und Auflassung 144
- Notarhaftung:**
Kapitalanleger darf bei Erklärung eines Notars über Sicherheiten-hinterlegung von ordnungsgemäßer notarieller Verwahrung ausgehen 100
Kapitalanleger als Empfänger einer notariellen Erklärung über hinterlegte Sicherheiten können Auftraggeber i.S. von § 19 BNotO sein 100
Verstoß gegen das Gebot wahrheitsgemäßer Beurkundung und Bezeugung 106
Kapitalanleger trifft kein Mitverschulden bei Vertrauen auf notarielle Erklärung 114
- fortbestehender Lebensgemeinschaft und fehlendem Vermögenserwerb des Bürgen 325
Einrede des - bei einer Bürgschaft eines nicht leistungsfähigen Bürgen mit Rücksicht auf eine spätere Erbschaft vor Eintritt des Erbfalls . 325
- Parteifähigkeit:**
Konkursmasse nach schwedischem Konkursrecht ist parteifähig 118
- Pflichtteilsrecht:**
einheitliche Beurteilung bei Nachlaßspaltung durch Rechtswahl 62
- Pflichtteilsverzichtsvertrag:**
Statut für die Beurteilung eines -s eines Ausländers 63
ein - kann nur zu Lebzeiten des Erblassers wirksam geschlossen werden 60
- Projektsteuerung:**
§ 31 HOAI erfaßt alle -leistungen 239
- Prozeßhandlung:**
Wirksamwerden einer gerichtlichen Verfügung als - erst mit Zugang 387

O

- ordre public:**
kein Verstoß gegen deutschen - durch norwegischen Zwangsvergleich 91

P

- Pachtvertrag:**
s. auch Landpachtvertrag
- pactum de non petendo:**
Einrede des - bei einer Ehegatten-Bürgschaft, die nur Vermögensverlagerungen vorbeugen soll, bei

R

- Rechtsanwaltsordnung:**
§ 45 BRAO ist Verbotsgesetz i.S. von § 134 BGB 234
Beurkundung eines Testaments ist keine Rechtsanwalts-tätigkeit gegen den Nachlaß 234
- Rechtsschutzinteresse:**
- besteht für negative Feststellungsklage trotz Leistungsklage des Gegners, wenn über diese nicht sachlich entschieden werden kann 201
- Rechtswahl:**
durch Testament einer Österreicherin für in Deutschland belegenes unbewegliches Vermögen 62

Konkursverfahren:

Voraussetzungen der Anerkennung eines ausländischen Konkursverfahrens im Inland 82
 kollisionsrechtliche Anknüpfung nach dem Insolvenzstatut 88
 Anerkennung eines schwedischen Konkursverfahrens im Inland ... 120
 Absonderungsrecht erstreckt sich auch auf nach Konkurseröffnung entstandene Zinsansprüche 195
 Berechnung der Ausfallordnung des Absonderungsberechtigten erfolgt nach der Anrechnungsreihenfolge des § 48 KO 199

Kostenordnung:

Verhältnis der Verwahrungsgebühr des Notars zur Betreuungsgebühr 143

L

Landpachtvertrag:

nachhaltige Veränderung der Verhältnisse als Voraussetzung für Pachtanpassung 159
 Deckungsbeitrag der Pachtfläche für Pachtpreisanpassung nicht allein entscheidend 159
 Obergrenze für Pachtpreisanpassung ist der Rahmen des § 4 Abs. 1 Nr. 3 LPachtVG 159
 Festsetzung des ertragsangemessenen Pachtszinses erfordert tatrichterliche Schätzung 163

Landwirtschaft:

erwerbsgärtnerischer Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Gewächshäusern ist - i.S. der Höfeordnung 146

Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft:

Bewirtschaftungsvertrag über Flächen für die persönliche Hauswirtschaft 55

Ersatz für bei Rückgabe noch vorhandene Werterhöhung durch bauliche Veränderungen 170
 § 44 LPGG 1982 gilt nur für LPG-Mitglieder 172

Landwirtschaftsrecht:

Ausübung eines siedlungsrechtlichen Vorkaufsrechts auf teils land- und teils forstwirtschaftlichen Flächen 166

Legalzession s. Forderungsübergang**Leistungsverzeichnis:**

Notwendigkeit einer VOB/A-konformen Auslegung eines -es 245

M

Mahnbescheidantrag:

bei Behörde als Antragstellerin ist Angabe eines Behördenvertreters nicht erforderlich 343

Mithaftung:

Verbraucherkreditgesetz ist auf Schuldbeitritt zu Kreditvertrag anwendbar 94
 keine Heilung eines nichtigen Schuldbeitritts durch Auszahlung der Darlehensvaluta an den Kreditnehmer 94

Mitverpflichtung:

Sittenwidrigkeit der Mitverpflichtung von Ehegatten für Existenzgründungsdarlehen 42

Mitverschulden:

Kapitalanleger trifft kein - bei Vertrauen auf notarielle Erklärung 114

Mülheim-Kärlich 268

N

Notar:

Erklärung über hinterlegte Sicherheiten ist notarielle, nicht anwaltliche Amtshandlung 104

HOAI:

- § 31 Abs. 2 - ist nichtig, soweit er für die Vereinbarung von Projektsteuerungsleistungen Schriftform bei Auftragserteilung vorschreibt ... 239
 § 31 - erfaßt Projektsteuerungsleistungen ohne Einschränkung 239

I**Infobank:**

- Vervielfältigung eines Werkstücks durch - ist nicht nach § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG privilegiert 250
 Erstellung von Vervielfältigungsstücken im Rahmen eines Recherchedienstes ist nach § 53 Abs. 2 Nr. 4a UrhG nicht privilegiert . 250

Insolvenzanfechtung s. Konkursanfechtung

Internationales Privatrecht:

- Anerkennung eines norwegischen Zwangsvergleichs 79
 Anfechtung einer deutschem Recht unterliegenden Rechtshandlung durch ausländischen (schwedischen) Konkursverwalter 116
 Voraussetzungen der Anerkennung eines ausländischen Konkursverfahrens im Inland 82
 Insolvenzstatut 88
 Anerkennung eines schwedischen Konkursverfahrens im Inland ... 120
 einheitliche Beurteilung des Pflichtteilsrechts bei Nachlaßspaltung durch Rechtswahl 62
 Statut für die Beurteilung eines Pflichtteilsverzichtsvertrages eines Ausländers 63
 Rechtswahl durch Testament einer Österreicherin für in Deutschland belegenes unbewegliches Vermögen 62

K**Kapitalanlage:**

- Kapitalanleger darf bei Erklärung eines Notars über Sicherheiten hinterlegung von ordnungsgemäßer notarieller Verwahrung ausgehen 100
 Kapitalanleger als Empfänger einer notariellen Erklärung über hinterlegte Sicherheiten können Auftraggeber i.S. von § 19 BNotO sein 100
 Kapitalanleger trifft kein Mitverschulden bei Vertrauen auf notarielle Erklärung 114

Kaufvertrag:

- Erfüllungsort nach Art. 31 CiSG 206
 Auslegung der Klausel »frei ... Bestimmungsort unverzollt« 207

Kausalität:

- Feststellung der haftungsbegründenden - nach § 287 ZPO 214

Klageantrag:

- hinreichende Bestimmtheit eines Unterlassungsantrags 254

Kommanditgesellschaft:

- GmbH kann alleinige persönlich haftende Gesellschafterin einer - auf Aktien sein 392
 Fehlen einer natürlichen Person als Komplementärin einer - auf Aktien ist in Firma kenntlich zu machen 392

Kommissionsgeschäft:

- Umsatzsteuerpflicht beim - 221

Konkursanfechtung:

- einer deutschem Recht unterliegenden Rechtshandlung durch ausländischen (schwedischen) Konkursverwalter 116
 internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für -sklage 117

Konkursmasse:

- nach schwedischem Konkursrecht ist parteifähig 118

Geschäftsbedingungen:

Regreß aus Garantie für Existenzgründungsdarlehen 45

Geschäftsgrundlage:

Anpassung eines Erbabfindungsvertrages nach Veräußerung eines Hofes 15

Gesellschaft:

Anrechnung von Teilleistungen aus dem Gesamthandsvermögen bei einer – bürgerlichen Rechts mit quotaler Haftungsbeschränkung 224

Konsumgenossenschaft als Mitgesellschafterin einer Großhandels- in der DDR 368

-santeil einer Konsumgenossenschaft an einer Großhandels- gesellschaft in der DDR steht Umwandlung in GmbH nach § 11 TreuhandG nicht entgegen 368

Beteiligung der Konsumgenossenschaft in der DDR auch an der umgewandelten - 368

Gleichheitsgrundsatz:

Stromeinspeisungsgesetz verletzt – nicht 26

GmbH:

unbeschränkte Haftung der Gesellschafter einer Vor- 333

Verlustdeckungshaftung der Gesellschafter einer Vor- bis zur Eintragung 333

Vorbelastungshaftung (Unterbilanzhaftung) nach Eintragung 333

Verlustdeckungs- und Vorbelastungshaftung sind Innenhaftungen 333

Beschlüsse der Gesellschafterversammlung sind nur gemäß §§ 241 f., 249 AktG nichtig 364

Nichtigkeits- und Anfechtungsklage bei Gesellschafterbeschlüssen verfolgen dasselbe materielle Ziel: Richterliche Klärung der Nichtigkeit gegenüber jedermann 364

Auslegung einer Regelung über die Verwendung des Bilanzgewinns 364

Gesellschaftsanteil einer Konsumgenossenschaft an einer Großhandels- gesellschaft in der DDR steht Umwandlung in - nach § 11 TreuhandG nicht entgegen 368

Beteiligung der Konsumgenossenschaft in der DDR auch an der umgewandelten - 368

- kann alleinige persönlich haftende Gesellschafterin einer Kommanditgesellschaft auf Aktien sein 392

GmbH-Geschäftsführer:

Verantwortlichkeit des Geschäftsführers für die Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen während urlaubsbedingter Abwesenheit .. 313

Grundbuch:

Eintragungsfähigkeit einer Vormerkung zur Sicherung eines mehrfach aufschiebend bedingten Rücküberweisungsanspruchs 182

Grundstück:

enteignungsgleicher Eingriff bei rechtswidriger Versagung einer Teilungsgenehmigung 316

H**Haftungsbeschränkung:**

Anrechnung von Teilleistungen aus dem Gesamthandsvermögen bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit quotaler - 224

Höfeordnung:

erwerbsgärtnerischer Anbau von Blumen und Zierpflanzen in Gewächshäusern ist Landwirtschaft

..... 146

Erbverzichtsvertrag schließt auch Nachabfindungsansprüche nach § 13 – aus 152

Anpassung des Abfindungsvertrages wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage 152

- schließt auch Nachabfindungsansprüche nach § 13 HÖfO nach § 13 HÖfO 152
- Anpassung des Abfindungsvertrages wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage 152
- Erfüllung:**
- Anrechnung von Teilleistungen aus dem Gesamthandsvermögen bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit quotaler Haftungsbeschränkung 224
- Erfüllungsort:**
- ist der Wohnsitz des Bürgen . 133
- nach Art. 31 CISG 206
- Europarecht:**
- gemeinschaftsrechtlicher Staatshaftungsanspruch 30
- Reinheitsgebot bei Bier 38

F

- Feststellungsinteresse:**
- besteht für negative Feststellungsklage trotz Leistungsklage des Gegners, wenn über diese nicht sachlich entschieden werden kann 201
- Feststellungsklage:**
- kein Vorrang einer später erhobenen Leistungsklage gegenüber einer negativen - nach Art. 21 EuGVÜ 201
- Firma:**
- Fehlen einer natürlichen Person als Komplementär einer Kommanditgesellschaft auf Aktien ist in - kenntlich zu machen 392
- Forderungsübergang:**
- Zeitpunkt des Übergangs einer Schadensersatzforderung auf Sozialversicherungsträger bei neu eingeführter Sozialleistung 381
- Fotokopie:**
- eines Zeitungsartikels ist nicht nach § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG privilegiert, wenn - auch zur Verwendung durch Dritte bestimmt ist 250

- Erstellung von - im Rahmen eines Recherchedienstes ist nach § 53 Abs. 2 Nr. 4a UrhG nicht privilegiert 250
- von Zeitungsartikeln für eine Datenbank verletzt Urheberrecht . 257
- freiwillige Gerichtsbarkeit:**
- Vorlage nach § 28 Abs. 2 FGG auch bei abweichender Beurteilung einer Vorfrage 233

G

- Gebrauchsmustergesetz:**
- Zulässigkeit des Einwands im Prozeß, die als äquivalent angegriffene Ausführungsform stellt keine gebrauchsmusterfähige Erfindung dar 353
- Bedeutung der Zurückweisung eines Antrags, ein Gebrauchsmuster zu löschen, im Prozeß über die Verletzung des Gebrauchsmusters 353
- Schutzbereich eines Gebrauchsmusters 357
- Aussetzung des Verletzungsrechtsstreits wegen eines anhängigen Lösungsverfahrens 362
- Genossenschaft:**
- Konsum- als Mitgesellschafterin einer Großhandelsgesellschaft in der DDR 368
- santeil einer Konsum- an einer Großhandelsgesellschaft in der DDR steht Umwandlung in GmbH nach § 11 TreuhandG nicht entgegen 368
- Beteiligung der Konsum- in der DDR auch an der umgewandelten Gesellschaft 368
- Gesamthandsvermögen:**
- Anrechnung von Teilleistungen aus dem - bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit quotaler Haftungsbeschränkung 224

Verbraucherkreditgesetz ist auf Schuldbeitritt zu Kreditvertrag anwendbar 94
keine Heilung eines nichtigen Schuldbeitritts durch Auszahlung der -svaluta an den Kreditnehmer 94

DDR-Gesellschaft:

Privatisierung einer Großhandels-gesellschaft mit einer Konsumgenossenschaft als Gesellschafterin 368
Gesellschaftsanteil einer Konsumgenossenschaft an einer Großhandels-gesellschaft steht Umwandlung in GmbH nach § 11 TreuhandG nicht entgegen 368
Beteiligung der Konsumgenossenschaft auch an der umgewandelten Gesellschaft 368

DDR-Grundstück:

Sachenrechtsbereinigung bei Bebauungen auf vertraglicher Grundlage 50
Schuldrechtsanpassung in Abgrenzung zur Sachenrechtsbereinigung bei Bauten auf persönlicher Hauswirtschaftsfläche 50
Bereitstellung von Flächen für die persönliche Hauswirtschaft 55
Besitzrecht nach dem Schuldrechtsanpassungsgesetz bei Bauten auf fremdem Grundstück 55
Besitzrecht nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz bei Bauten auf fremdem Grundstück 53
Ersatzanspruch eines Mieters oder Pächters für bauliche Verwendungen 170
keine Anwendung des Sachenrechtsbereinigungsgesetzes auf bauliche Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Sache 170

DDR-Recht:

zwischenstaatliche Vereinbarungen sind revisibel 67
Reichweite des Abkommens der

DDR mit Schweden über die Regelung vermögensrechtlicher Fragen bei juristischen Personen 67
Delikt s. unerlaubte Handlung

E**Eigentumsgarantie:**

keine Verletzung durch Stromeinspeisungsgesetz 25

Elektrizitätsversorgungsunternehmen:

Begriff öffentlicher - i.S. von § 1 Satz 2 Stromeinspeisungsgesetz .. 1
Pflicht zur Abnahme von Strom aus erneuerbaren Energien zu Mindestpreisen verletzt keine Grundrechte der - 1
Vergütung für eingespeisten Strom aus Wasserkraftwerken 1

Energiegesetz:

Begriff des Versorgungsgebiets ... 12

enteignungsgleicher Eingriff:

- durch rechtswidrige Versagung einer Grundstücksteilungsgenehmigung wegen Verhinderung der Teilveräußerung 316
Passivlegitimation der Bauaufsichtsbehörde und der Gemeinde bei rechtswidriger Versagung einer Grundstücksteilungsgenehmigung 316
Bemessung der Entschädigung bei rechtswidriger Versagung einer Grundstücksteilungsgenehmigung 324

Erbabfindungsvertrag:

Anpassung eines -es wegen Wegfalls der Geschäftsgrundlage nach Veräußerung eines Hofes 152

Erbverzichtsvertrag:

ein - kann wirksam nur zu Lebzeiten des Erblassers geschlossen werden 63

REGISTER

(Die Zahlen bedeuten die Seiten)

A. SACHREGISTER

A

Absonderungsrecht:

- erstreckt sich auch auf nach Konkursöffnung entstandene Zinsansprüche 195

Aktienrecht:

§§ 241 f. und 249 AktG sind auf Beschlüsse der Gesellschafterversammlung einer GmbH entsprechend anzuwenden 364

GmbH kann alleinige persönlich haftende Gesellschafterin einer Kommanditgesellschaft auf Aktien sein 392

Fehlen einer natürlichen Person als Komplementärin bei einer Kommanditgesellschaft auf Aktien ist in Firma kenntlich zu machen 392

Amtshaftung:

- für legislatives Unrecht (Biersteuergesetz) 31

- für rechtswidrige atomrechtliche Anlagengenehmigung 269

Ausschluß haftungsrechtlich schutzwürdigen Vertrauens auf einen rechtswidrigen begünstigenden Verwaltungsakt durch subjektive Kenntnisse und sich aufdrängende Erkenntnismöglichkeiten des Empfängers 268

Berücksichtigung nachfolgender Teilgenehmigungen bei der Beurteilung der Schutzwürdigkeit des Vertrauens auf atomrechtlichen Genehmigungsbescheid 268

Schutzwürdigkeit des Vertrauens auf rechtswidrige sofort vollziehbare Genehmigung auch bei deren Anfechtung durch Dritte 268

Drittschutz von Bauherr und Betreiber einer atomrechtlichen Anlage im Genehmigungsverfahren 276

Amtshaftungsanspruch:

- aus dem europäischen Gemeinschaftsrecht 30

Amtshaftungsprozeß:

Bindung an verwaltungsgerichtliche Entscheidung über Rechtswidrigkeit eines Verwaltungsakts 273

Anerkennung:

- eines norwegischen Zwangsvergleichs 79

Anfechtung:

keine Irrtums- wegen nicht erkannter Rechtsfolgen eines Vertrages 156

Anwaltsnotar:

Erklärung über hinterlegte Sicherheiten ist notarielle, nicht anwaltliche Amtshandlung 104

Arbeitgeber:

haftungsrechtliche Verantwortlichkeit für Nichtabführung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung bei Zahlungsunfähigkeit ... 304

Architekt:

Anwendungsbereich des § 31 HOAI 239

teilweise Nichtigkeit des § 31 Abs. 2 HOAI 239

- Abs. 2 Nr. 4a UrhG nicht privilegiert 250
 Zeitungsartikel genießen grundsätzlich urheberrechtlichen Schutz . 254
 Vervielfältigung von Zeitungsartikeln für eine Datenbank verletzt - 257
 Anwendung des § 1 UWG bei -sverletzungen nur bei Hinzutreten besonderer Umstände 267

V

- Veräußerungsverbot:**
 zur Sicherung eines Verfügungsunterlassungsvertrages 187
- Verbotsgesetz:**
 § 45 BRAO als Verbotsgesetz i.S. von § 134 BGB 234
- Verbraucherkreditgesetz:**
 - ist auf Schuldbeitritt zu Kreditvertrag anwendbar 94
 keine Heilung eines nichtigen Schuldbeitritts durch Auszahlung der Darlehensvaluta an den Kreditnehmer 94
- Verfügungsbeschränkung:**
 § 137 BGB sichert numerus clausus der Sachenrechte und der Zwangsvollstreckung 186
- Vergleichsverfahren:**
 Voraussetzungen für die Anerkennung eines ausländischen (norwegischen) Zwangsvergleichs im Inland 79
 norwegischer »tvangsakkord« entspricht dem deutschen Vergleichsverfahren 89
- Verjährungsbeginn:**
 - nach letzter Prozeßhandlung des Gerichts 387
- Verjährungsfrist:**
 Beginn der Frist nach § 852 BGB erst bei Kenntnis des Schadens und

- des Schädigers durch zuständigen Bediensteten der Verfügungsberechtigten Behörde im Bereich der Zollverwaltung 343
 keine Wissensvertretung durch Behörden, die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft tätig sind, zu Lasten einer anderen Behörde 343
 gesonderter Lauf der - für mehrere Schädigungsakte 350
- Verjährungsunterbrechung:**
 Streitverkündung im Beweissicherungsverfahren bewirkt - 190
 Anforderungen an Bezeichnung der Behörde im Mahnbescheidantrag 343
 Beendigung der - erfordert Wirksamwerden der Prozeßhandlung 387
 gerichtliche Verfügung wird als Prozeßhandlung erst mit Zugang wirksam 387
- Vermögensgesetz:**
 Reichweite des Abkommens der DDR mit Schweden über die Regelung vermögensrechtlicher Fragen bei Vermögen juristischer Personen 67
 kein Auskunftsansprüche von Nichteigentümern 67
- verspätetes Vorbringen:**
 Rüge der internationalen Unzuständigkeit kann auch noch in der ersten mündlichen Verhandlung erhoben werden 127
- Vertreter:**
 keine Wissensvertretung durch Behörden, die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft tätig sind, im Rahmen des § 852 BGB 343
- Verwaltungsakt:**
 Ausschluß haftungsrechtlich schutzwürdigen Vertrauens auf einen rechtswidrigen begünstigenden - durch subjektive Kenntnisse und sich aufdrängende Erkenntnismöglichkeiten des Empfängers 268

- enthält Berufungsausübungsregelung 17
- verletzt Eigentumsgarantie nicht 25
- Vergütung für Strom aus Wasserkraftwerken 1

T

Teilleistung:

Anrechnung von -en aus dem Gesamthandsvermögen bei einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts mit quotaler Haftungsbeschränkung 224

Teilungsgenehmigung:

enteignungsgleicher Eingriff bei rechtswidriger Versagung einer - 316

Testamentsvollstreckung:

notarielle Beurkundung einer Bestellung des Sozius des Notars zum Testamentsvollstrecker verstößt nicht gegen §§ 7, 27 BeurkG ... 230

Tierarzt:

Umsatzsteuerpflicht bei Bezug von Arzneimitteln in verdeckter Treuhandschaft 212

Treuhand:

Umsatzsteuerpflicht von Tierarzt bei Bezug von Arzneimitteln in verdeckter - 212

Treuhandgesetz:

Umwandlung einer Großhandels-gesellschaft in der DDR mit einer Konsumgenossenschaft als Mitgesellschafterin in eine GmbH 368

U

Umdeutung:

keine - eines Angebots auf Abschluß eines Pflichtteilsverzichtsvertrages in ein Angebot auf Abschluß eines Erlaßvertrages bezüglich des Pflichtteilsanspruchs 65

Umsatzsteuer:

- pflicht bei verdeckter Treuhandschaft 212
- selbständige Tierärzte, die gegen Provision Arzneimittel als verdeckte Treuhänder beziehen, sind Unternehmer i.S. v. § 2 UStG 212
- kein Abzug der dem verdeckten Treuhänder in Rechnung gestellten Umsatzsteuer durch Treugeber . 212
- zum Begriff des Leistenden und Leistungsempfängers in § 15 UStG 218
- pflicht beim Kommissionsgeschäft 221

Umwandlung:

- einer Großhandelsgesellschaft in der DDR mit einer Konsumgenossenschaft als Mitgesellschafterin in eine GmbH 368

unerlaubte Handlung:

Nichtabführung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung 304

deliktische Verantwortlichkeit des Geschäftsführers einer GmbH für die Nichtabführung von Arbeitnehmerbeiträgen zur Sozialversicherung 313

Beginn der Verjährungsfrist bei Behörden 343

keine Wissensvertretung von Behörden, die als Hilfsbeamte der Staatsanwaltschaft tätig sind, im Rahmen des § 852 BGB 343

UN-Kaufrecht:

Erfüllungsort nach Art. 31 CiSG 206

Urheberrechtsgesetz:

Vervielfältigung von Zeitungsartikeln ist nicht nach § 53 Abs. 2 Nr. 2 UrhG privilegiert, wenn die Vervielfältigung auch zur Verwendung durch Dritte bestimmt ist 250

Überlassung fotokopierter archivierter Zeitungsartikel im Rahmen eines Recherchedienstes ist nach § 53

Reichsiedlungsgesetz:

Ausübung eines Vorkaufsrechts auf teils land- und teils forstwirtschaftlichen Flächen 166

Revisibilität:

von der DDR zur Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche geschlossene zwischenstaatliche Vereinbarungen sind revisibel 67

S

Sachenrechtsbereinigungsgesetz:

Bebauungen auf vertraglicher Grundlage in der DDR 50
keine Anwendung des -es auf bauliche Maßnahmen zur Erhaltung und Wiederherstellung durch LPG im Rahmen ordnungsgemäßer Wirtschaftsführung 170

Schadenersatz:

haftungsrechtliche Verantwortung des Arbeitgebers für Nichtabführung von Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer bei Zahlungsunfähigkeit 304

Schadenersatzanspruch:

Übergang auf Sozialversicherungsträger nach SGB V bei häuslicher Pflege 381

Schuldbeitritt:

Sittenwidrigkeit der Mithaftung von Ehegatten für Existenzgründungsdarlehen 42
Verbraucherkreditgesetz ist auf - zu Kreditvertrag anwendbar 94

Schuldrechtsanpassungsgesetz:

Abgrenzung zur Sachenrechtsbereinigung bei Bauten auf einer persönlichen Hauswirtschaftsfläche in der DDR 50
Nutzungsvertrag mit LPG über Flächen für die persönliche Hauswirtschaft 55

Sittenwidrigkeit:

- der Mithaftung von Ehegatten für Existenzgründungsdarlehen 42
grundsätzlich keine - einer Bürgerschaft eines nicht leistungsfähigen Ehegatten 327

Sozialgesetzbuch:

Anspruch auf häusliche Pflege . 381
Übergang von Schadenersatzansprüchen auf Sozialversicherungsträger 381

Sozialversicherungsbeiträge:

deliktische Verantwortlichkeit des Arbeitgebers für Nichtabführung bei Zahlungsunfähigkeit 304

Sozialversicherungsträger:

Übergang von Schadenersatzansprüchen auf - wegen häuslicher Pflegehilfe 381

Staatshaftung:

- für legislatives Unrecht (Biersteuergesetz) 31

Staatshaftungsanspruch:

- aus dem europäischen Gemeinschaftsrecht 30

Steuerberaterhaftung:

Maßgeblichkeit des ohne Beratungsfehler richtigen Verfahrensergebnisses 214

Streitverkündung:

- ist im Beweissicherungsverfahren zulässig 190
bei - im Beweissicherungsverfahren kann dem Streitverkündeten das Beweisergebnis im Prozeß entgegengehalten werden 190
- im Beweissicherungsverfahren hat verjährungsunterbrechende Wirkung 190

Stromeinspeisung:

angemessene Vergütung für Strom aus Wasserkraftwerken 1
»Stromeinspeisung II« 1

Stromeinspeisungsgesetz:

Begriff öffentlicher Elektrizitätsversorgungsunternehmen i.S. von § 1 Satz 2 - 1

ENTSCHEIDUNGEN
DES BUNDESGERICHTSHOFES
IN ZIVILSACHEN

BGHZ

134. BAND



1998

CARL HEYMANNS VERLAG KG
KÖLN · BERLIN

Atomrecht:

- Amtshaftung für rechtswidrige atomrechtliche Anlagenehmigung 268
 Berücksichtigung nachfolgender Teilgenehmigungen bei der Beurteilung der haftungsrechtliche Schutzwürdigkeit des Vertrauens auf ersten Genehmigungsbescheid 268
 haftungsrechtliche Schutzwürdigkeit des Vertrauens auf rechtswidrige sofort vollziehbare atomrechtliche Teilgenehmigung auch bei deren Anfechtung durch Dritte 268
 Bauherr und Betreiber einer atomrechtlichen Anlage sind im Genehmigungsverfahren Dritte i.S. v. § 839 BGB 276
 Teilgenehmigung 280

B**Bier:**

- Reinheitsgebot 38

Berufsausübung:

- Stromeinspeisungsgesetz als -regelung 17

Besitzrecht:

- nach dem Sachenrechtsbereinigungsgesetz bei Bauten auf fremdem Grundstück in der DDR 53
 - nach dem Schuldrechtsanpassungsgesetz bei Bauten auf fremdem Grundstück in der DDR 55

Beurkundung:

- notarielle - einer Bestellung des Sozios des Notars zum Testamentsvollstrecker verstößt auch bei Beteiligung des Notars an der Testamentsvollstreckervergütung nicht gegen §§ 7, 27 BeurkG 230
 notarielle - einer Bestellung des beurkundenden Notars zum Testamentsvollstrecker ist unwirksam 236

Beweislast:

- für angemessene Vergütung für eingespeisten Strom aus Wasserkraftwerken 1

Beweissicherungsverfahren:

- Streitverkündung ist im - zulässig 190
 bei Streitverkündung im - kann dem Streitverkündeten das Beweisergebnis im Prozeß entgegengehalten werden 190
 Streitverkündung im - hat verjährungsunterbrechende Wirkung . 190
 »Brasserie du Pecheur« 30

Bürgschaft:

- Erfüllungsort ist der Wohnsitz des Bürgen 133
 Einrede aus § 242 BGB bei einer Ehegatten-, die nur Vermögensverlagerungen vorbeugen soll, bei fortbestehender Lebensgemeinschaft und fehlendem Vermögenserwerb des Bürgen 325
 Einrede aus § 242 BGB bei einer - eines nicht leistungsfähigen Bürgen mit Rücksicht auf eine spätere Erbschaft vor Eintritt des Erbfalls . 325
 grundsätzlich keine Sittenwidrigkeit einer - eines nicht leistungsfähigen Ehegatten 327
 Wegfall der Geschäftsgrundlage für - eines nicht leistungsfähigen Ehegatten nach Beendigung der Lebensgemeinschaft 328

C

- »CB-infobank I« 250

D**Darlehen:**

- Sittenwidrigkeit der Mithaftung von Ehegatten für Existenzgründungs- 42